

Antrag

der Abgeordneten Dr. Helmut Haussmann, Ernst Burgbacher, Ina Albowitz, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Ulrich Irmer, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Günter Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

Die deutsch-französischen Beziehungen mit Leben erfüllen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben die deutsch-französischen Beziehungen in beiden Ländern eine herausragende Rolle gespielt. Die Überwindung der einstigen „Erbfeindschaft“ zwischen Deutschland und Frankreich und ihre Verwandlung in die privilegierte Partnerschaft, die mit dem Abschluss des Elysée-Vertrages 1963 eine solide Grundlage fand, ist eine historische Leistung ohne Beispiel. Diese Partnerschaft war von Anfang an nicht nur auf Versöhnung gerichtet, sie sollte immer auch als Motor der europäischen Integration dienen. Dabei war die deutsch-französische Zusammenarbeit nie exklusiv, sondern immer offen für andere. In ihrer Bedeutung für den europäischen Integrationsprozess war, ist und bleibt sie unersetzlich. Für das Denken und Handeln aller liberalen Außenminister von Scheel über Genscher bis Kinkel war dies selbstverständlich.

Das Erfolgsrezept der deutsch-französischen Zusammenarbeit lag dabei nicht darin, dass sich beide Partner in den wesentlichen Fragen von vornherein einig gewesen wären. Ganz im Gegenteil haben Deutschland und Frankreich in aller Regel ganz unterschiedliche Interessen und Ausgangspositionen. In einem oft langen, fast immer sehr mühsamen Prozess zur Überwindung dieser Unterschiede entstanden Kompromisse, die so ausgewogen und ausbalanciert waren, dass sie für die anderen europäischen Partner akzeptabel waren. Nicht in der Gleichheit der Interessen und Ausgangspositionen, sondern in der Überwindung ihrer Unterschiedlichkeit liegt das Erfolgsgeheimnis des deutsch-französischen Motors. Alles andere wäre von den kleineren europäischen Partnern als deutsch-französisches Direktorium verstanden und nicht akzeptiert worden.

Voraussetzung für das Funktionieren dieser Motorfunktion war der feste politische Wille auf beiden Seiten, gemeinsam zur Überwindung der Interessengegensätze zu finden und damit zur europäischen Integration beizutragen

Das Ziel der Versöhnung ist auf so eindrucksvolle Weise erreicht worden, dass es für die jüngere Generation schon selbstverständlich scheint. Das Ziel der deutsch-französischen Kooperation auf der Grundlage des Elysée-Vertrages

und seiner Fortschreibungen hat ein Netzwerk von staatlichen und privaten Kooperationsformen hervorgebracht, das unter souveränen Staaten einzigartig sein dürfte. Seit Antritt der rot-grünen Bundesregierung aber verliert es mehr und mehr an Wirkung, weil es an dem Willen fehlt, es effektiv zu nutzen. Die deutsch-französischen Beziehungen müssen nicht neu begründet werden, sie müssen wieder neu mit Leben erfüllt werden.

Es nützt nichts, den Rhythmus der bilateralen Konsultationen zu beschleunigen, wenn dabei nicht die inhaltliche Abstimmung zentraler europapolitischer Positionen beabsichtigt wird. Die Europäischen Räte in Berlin Anfang 1999 und in Nizza Ende 2000 zeigen, wie kläglich die europäische Integration aussieht, wenn Deutschland und Frankreich nicht konstruktiv zusammenarbeiten. Wie desolat die deutsch-französischen Beziehungen zurzeit sind, zeigt nicht die Unterschiedlichkeit der Vorstellungen von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Premierminister Lionel Jospin zur Zukunft Europas, sondern die Tatsache, dass sie unkoordiniert und ohne vorherige Kenntnis der Absichten des jeweils anderen geäußert wurden.

Wesentliche Ursache für diese Fehlentwicklung ist der Mangel an politischer Sensibilität der Bundesregierung gegenüber dem französischen Partner. Daher fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf:

1. die deutsch-französischen Beziehungen dadurch wieder mit Leben zu erfüllen, dass sie das vorhandene Netzwerk der Zusammenarbeit auf Regierungsebene effektiv nutzt und stärkt;
2. sich öffentlich zur Unersetzbarkeit der deutsch-französischen Partnerschaft für die europäische Integration zu bekennen und aktiv die Abstimmung mit Frankreich in den großen Zukunftsfragen der Europäischen Union zu suchen;
3. die gute Übung der Vorgängerregierungen, zu den Europäischen Räten gemeinsame Initiativen zu entwickeln, wieder zu beleben. Eine solche Initiative etwa zur Osterweiterung der EU ist überfällig;
4. die zahllosen Kooperationsprojekte auf nichtstaatlicher Ebene in Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft zu unterstützen.

Der Deutsche Bundestag wird in diesem Zusammenhang alles in seinen Kräften Stehende tun, um die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten Deutschlands und Frankreichs zu verstärken. Im Vordergrund steht hierbei zunächst die stärkere Verzahnung der beiden Europaausschüsse. Eine gemeinsame Plenarsitzung der beiden Parlamente sollte auf mittlere Sicht angestrebt werden. Wegen der Defizite der Zusammenarbeit auf Regierungsebene kommt der parlamentarischen Kooperation eine um so größere Bedeutung zu.

Berlin, den 29. Mai 2001

Dr. Helmut Haussmann
Ernst Burgbacher
Ina Albowitz
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Rainer Brüderle
Jörg van Essen
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Guttmacher
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Walter Hirche

Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Ulrich Irmer
Dr. Heinrich L. Kolb
Jürgen Koppelin
Günter Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion